Zankapfel Zersiedelung

Die am 10. Februar zur Abstimmung gelangende Zersiedelungsinitiative ist der Wirtschaft und der Tourismusbranche zu radikal.

DANIEL STAMPFLI

Mit ihrer eidgenössischen Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)», die am 10. Februar zur Abstimmung kommt, fordern die Jungen Grünen, dass die Zersiedelung wirksam gestoppt wird, indem die Baufläche nicht weiter vergrössert wird. Die Ausscheidung neuer Bauzonen wäre damit nur zulässig, wenn eine andere unversiegelte Fläche von mindestens gleicher Grösse und einem vergleichbaren potenziellen landwirtschaftlichen Ertragswert aus der Bauzone ausgezont wird. Ausserhalb der Bauzone dürften ausschliesslich standortgebundene Bauten und Anlagen für die bodenabhängige Landwirtschaft oder standortgebundene Bauten von öffentlichem Interesse bewilligt werden. Das Gesetz kann Ausnahmen vorsehen. Bestehende Bauten würden Bestandesgarantie geniessen und könnten geringfügig erweitert und geringfügig umgenutzt werden.

Laut den Initianten wurden in den vergangenen Jahrzehnten hunderte Quadratkilometer Kulturland, naturnahe Landschaft und weitere Grünflächen überbaut. «Nach wie vor geht jede Sekunde fast ein Quadratmeter Grünfläche verloren», so die Argumentation. Die Zersiedelung schreite voran, weil das Bauland immer weiter vergrössert werde. Der Umgang mit dem Boden sei verschwenderisch.

Zersiedlung in den Berggebieten: Für die Initianten der Zersiedelungsinitiative ein Problem, für die Gegner eine Notwendigkeit für die Entwicklung. 123RF/ Irina & Eugene Moskalev

Lähmung von Gebieten mit wirtschaftlicher Entwicklung

Deutlich die Nein-Parole zur Zersiedelungsinitiative hat die Verbandsleitung von hotelleriesuisse beschlossen. Begründet wird der Entscheid mit einer besonders negativen Auswirkung auf Berggebiete und den Tourismus. «Das Einfrieren der Bauzonen ohne jegliche zeitliche Beschränkung würde dazu führen, dass in einigen Gebieten gar nicht mehr, in anderen jedoch umso mehr gebaut werden könnte», ist Andreas Züllig, Präsident von hotelleriesuisse, überzeugt. In peripheren Lagen drohten damit ein unerwünschter Bauboom und eine Verstärkung der Zersiedelung. Gebiete mit wirtschaftlicher Entwicklung würden hingegen gelähmt. Speziell betroffen wäre auch das Berggebiet: Die Entwicklung in wirtschaftsstarken Berggemeinden würde blockiert, die Zersiedelung im peripheren Berggebiet unerwünscht verstärkt.

«Wenn in bestimmten Gebieten gar keine baulichen Entwicklungen mehr möglich wären und hohe Preissteigerungen drohten, könnten touristische Projekte nicht mehr oder nur noch stark erschwert realisiert werden. Dies wäre einer gesunden Entwicklung der Tourismus- und Beherbergungsbranche stark abträglich», so Züllig. Er weist auch darauf hin, dass durch die Annahme und Umsetzung der Zweitwohnungsiniatitive bereits eine massive Einschränkung der Entwicklung in den Berggebieten stattgefunden habe. Dass die Schweiz haushälterisch mit dem Land umgehen muss, sei – gerade auch aus touristischer Sicht – unbestritten. Mit der von der Stimmbevölkerung 2014 bestätigten Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) besteht bereits ein effektives Instrument zur Eindämmung der unerwünschten Zersiedelung. Der eingeschlagene Weg soll fortgeführt werden, anstatt bereits wieder die Spielregeln zu verändern. Im Kanton Wallis zum Beispiel müssen in den nächsten Jahren über tausend Hektaren rückgezont werden. Das ist anspruchsvoll und schmerzhaft, beweist aber, dass bezüglich Raumplanung die Weichen bereits gestellt worden sind und es keine zusätzlichen Initiativen mehr braucht.

Die Befürworter der Initiative sehen dies logischerweise anders: Das aktuelle Raumplanungsgesetz habe zwar einige positive Elemente in die Raumplanung gebracht. Es schreibe jedoch im Grundsatz die bisherige Entwicklung fort, die zur «planlosen Zersiedelung geführt hat». Zum einen gebe es keine Begrenzung der Bauzonen. Je schneller Boden überbaut werde, desto schneller werde neues Bauland eingezont. Auch hätten die Kantone bei der Berechnung der Bauzonenreserven sehr grossen Spielraum, der auch noch die kleinen Erfolge zunichte zu machen drohe.

«Berggebiete sind keine Nationalparks oder Freilichtmuseen»

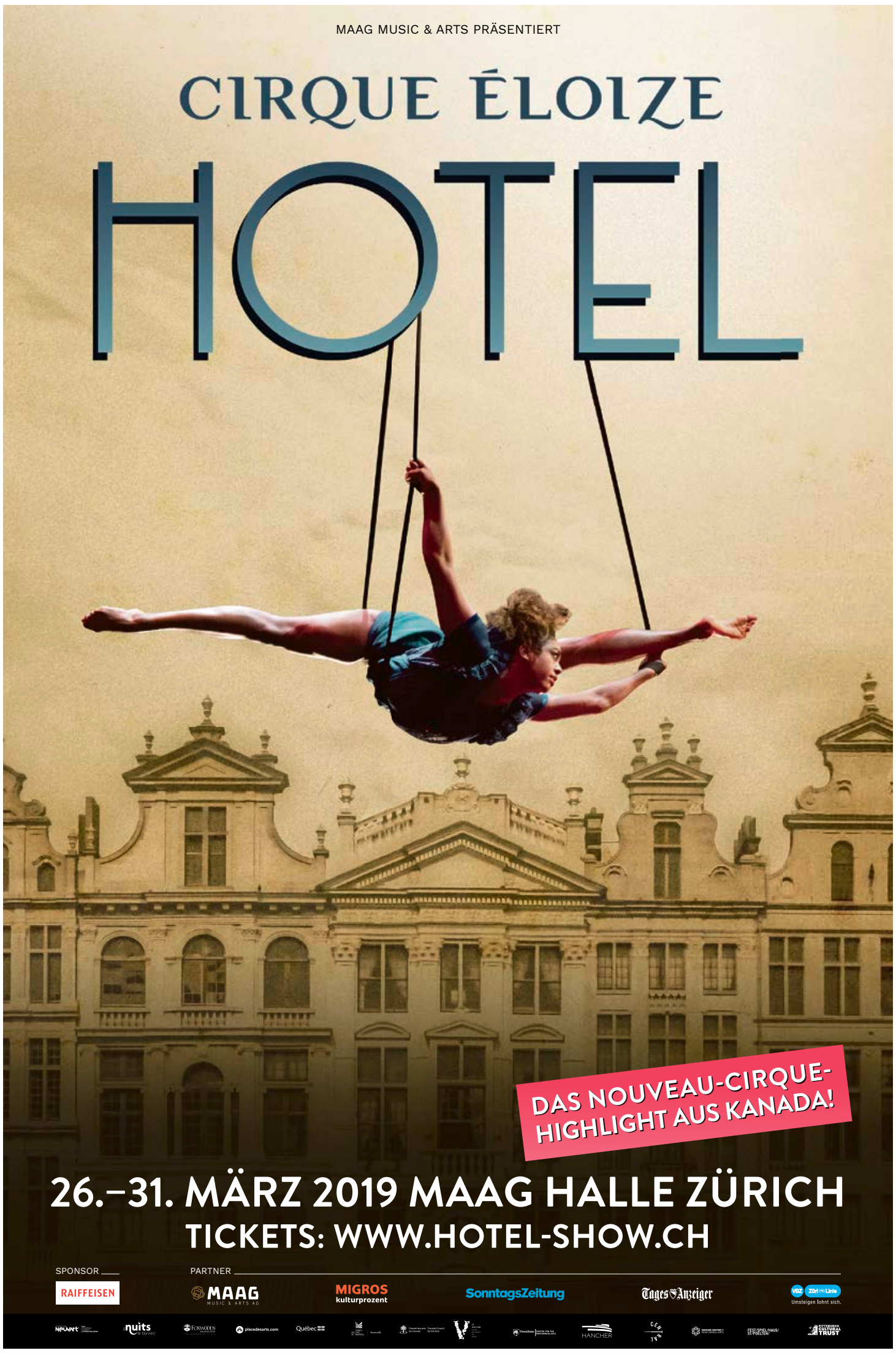
Neben hotelleriesuisse warnen weitere Organisationen und Wirtschaftsvertreter vor einer Annahme der Zersiedelungsinitiative, wie sie an einer Medienkonferenz erläuterten. Laut Christine Bulliard-Marbach, CVP-Nationalrätin und Präsidentin der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete, würden gerade Randregionen sowie die Bergkantone bei einer Annahme der Initiative stark benachteiligt. Ländliche Gebiete und Bergkantone seien weder Nationalparks noch Freilichtmuseen. Sie seien Orte des Lebens, der Kultur und der Arbeit. Diese Realität müsse akzeptiert und verteidigt werden.

Auch für Franz Ruppen, Walliser SVP-Nationalrat und Gemeindepräsident von Naters, hätte die Initiative verheerende Folgen für die Berggebiete. Die Initiative führe nicht nur zu Stillstand und einem Mangel an Wohn- und Wirtschaftsraum. Auch KMU und Industrie könnten ihre Betriebe nicht mehr an ihrem angestammten Standort erweitern. Grössere Infrastrukturprojekte der öffentlichen Hand oder die Umsetzung von Vorhaben in Tourismusregionen wären gefährdet, so Ruppen. Und in ihren Entwicklungsmöglichkeiten wäre es auch die Landwirtschaft. Neue Hofläden oder Projekte im Agrotourismus würden nicht mehr verwirklicht werden können.

Parolenspiegel Zersiedelungsinitiative

Am 10. Februar 2019 entscheidet das Schweizer Stimmvolk über die Initiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)» der Jungen Grünen.

Ja-Parole: GPS, SP, EVP; VCS, Kleinbauernvereinigung, Pro Natura, Greenpeace, Biosuisse, Mountain Wilderness, WWF.

Nein-Parole: FDP, CVP, SVP, BDP, GLP; hotelleriesuisse, Gastrosuisse, Gewerbeverband, Economiesuisse, Bauernverband, Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, Hauseigentümerverband, Baumeisterverband. dst

ANZEIGE